# Russenvertrag und Defizit.

Als die Reparationskommission auf eifriges Betreiben Frankreichs den Vertrag von Rapallo prüfte, war es ihre Absicht, eine Verletzung des Versailler Vertrages festzustellen. Nachdem sie ihren Entscheid getroffen hatte, wahrte sie ihn zunächst wie ein Geheimnis. Nunmehr hat sie in einer Note an die deutsche Regierung zu dem deutsch-russischen Vertrag Stellung genommen, wobei sich als wichtigste Feststellung zunächst ergibt, daß (was natürlich in der Note nicht mit klaren Worten gesagt wird) die so emsig in dem Vertrag gesuchte Verletzung des Versailler Friedens nicht gefunden werden konnte. Daher versucht die Reparationskommission, uns in einigen anderen Punkten Schwierigkeiten zu machen, und darüber hinaus leistet sie sich einige Übergriffe in die deutsche Finanzhoheit, die hoffentlich ihre entsprechende Zurückweisung finden werden. Vor allem legt die Kommission Gewicht darauf, daß die deutsche Regierung in dem Vertrag nicht etwa auf irgend welche Rechte, die der Kommission zustehen, zugunsten der Russen verzichtet habe, ja sie will das ausdrücklich von uns bestätigt haben. Weiter aber wird die Erwartung ausgesprochen, daß wir unseren Haushaltsplan nun nicht etwa mit Entschädigungszahlen an deutsche Reichsbürger für ihre Verluste in Rußland belasten. Die Kommission behält sich sogar vor, die Ausführung des Rapallo-Vertrages zu überwachen. Das sind nun allerdings Fragen, die, höflich gesprochen, die Zuständigkeit der Kommission doch wohl etwas überschreiten, und man glaubt daher, daß dieses Süppchen nicht so heiß gegessen wird, wie es in Paris, anscheinend in Verlegenheit um wirkliche Angriffspunkte, gekocht wurde. Außerdem stellt die ganze Angelegenheit jetzt nur ein minder wichtiges Teilchen der in Genua zur Entscheidung stehenden großen politischen Fragen dar.

Zwischen Reparationsfrage und dem Russenvertrag besteht an sich keine Verbindung, es sei denn, daß der Russenvertrag einen Anfang des Wiederaufbaues Europas bedeutet, der sich in der Zukunft auch in einer Erhöhung der deutschen Zahlungsfähigkeit auswirken muß. Das sollte, so müßte man meinen, die Reparationskommission mit Genugtuung begrüßen, umsomehr, als aus dem ungedeckten deutschen Reparationsdefizit sich ergibt, daß auch die ermäßigten Zahlungen auf normale Weise nicht aufzubringen sind. Aber der Kommission gefällt es anders, sie konstruiert zwischen der Reparationsfrage und dem Vertrag von Rapallo einen Zusammenhang in entgegengesetzter Richtung. Die Finanzhoheit des Reiches bildete schon bei der Entscheidung, in der die Reparationskommission das Moratorium bewilligte, einen Konfliktsstoff, Deutschland verbot sich die Einmischung, und daher kommt man jetzt von einer andern Seite.

Das deutsche Budget ist ein kritischer Punkt. Der Reparationsetat verlangt gegenwärtig 226,4 Milliarden Papiermark, die nur mit 16,5 Milliarden aus Reichseinnahmen gedeckt sind. Auch diese Rechnung stimmt nicht mehr, da die Mehraufwendungen für Beamtengehälter von den Einnahmen wesentlich mehr verbrauchen, als der Etat vorsieht. Als die Zwangsanleihe in der Höhe einer Goldmilliarde beschlossen wurde, rechnete man mit 50 bis 60 Papiermilliarden. Heute sind es 70, die einkommen sollen, aber es ist falsch, diesen Ertrag schon für dieses Jahr in den Etat einzustellen und daraufhin die Reparationslast als soweit gedeckt anzusehen. Gegenüber dem ungedeckten Betrage von rund 140 Milliarden, den die jüngste amtliche Berechnung vorsieht, steht wegen des Anleihebedarfs der Betriebsverwaltungen mindestens ein Fehlbetrag von rund 163 Milliarden zu erwarten, der infolge der Valutaschwankungen noch steigen kann. Als einziger Ausgleich dafür kann vorläufig leider nur die Notenpresse in Betracht kommen.

Lloyd Georges Anregungen, vor dem Verfallstermin am 31. Mai das Reparationsproblem in einer erweiterten Sitzung des Obersten Rates aufzurollen, wird durch Frankreich mit allen Mitteln hintertrieben. Die Reparationskommission wirft uns inzwischen Knüppel zwischen die Beine, obwohl eine Regelung des Reparationsproblems vor dem 31. Mai im allergrößten Interesse auch der französischen Regierung liegt. Denn die Studienkommission für eine internationale Anleihe, die am 31. Mai zusammentritt, kann nur dann zu einem praktischen Ergebnis gelangen, wenn gegen eine Überspannung im Reparationsproblem bis dahin genügend Sicherheiten geschaffen sind.

# Barthous Rückkehr.

**Vor neuen Entscheidungen in Genua.**

Die Aussprache zwischen Lloyd George und dem deutschen Reichskanzler wird in Genua vielfach als der Beginn eines neuen Beratungsabschnittes angesehen, der erst die eigentlich wichtigen politischen Entscheidungen über die bisher noch schwebenden Fragen

**Friedenspakt, Sanktionen und Reparation**

bringen soll. Lloyd George will nach Barthous Rückkehr aus Paris mit diesem und den Deutschen neue Sitzungen abhalten, in denen vermutlich diese bisher sorgfältig umgangene Fragen erörtert werden müssen. Barthou tritt allerdings seine Rückreise nach Genua mit genau begrenzten Instruktionen an. Er werde nicht zulassen, daß das Problem des freien Handels oder des Schutzzolles besprochen werde. Es sei ihm ferner nochmals auferlegt worden, das Reparationsproblem nicht besprechen zu lassen, sei es auch nur indirekt, namentlich anläßlich der Erörterung des Planes von Sir Robert Horne betreffend den Ausgleich der Kriegsschulden unter den Alliierten. Außerdem habe Barthou die neue Instruktion erhalten, den Grundsatz zu verteidigen, daß alle in Genua unterzeichneten Abkommen nicht notwendigerweise die Unterschriften aller in Genua vertretenen Staaten zu tragen brauchten. So könnten also England und Italien sehr wohl die Sowjets de iure anerkennen, ohne daß die andern Staaten verpflichtet würden, und Frankreich und Belgien könnten die Unterzeichnung des russischen Memorandums verweigern, ohne daß dadurch die andern Staaten eine Behinderung erfahren würden.

*

**Friedenspakt und Friedensvertrag.**

Nach Ansicht des französischen Ministerrates muß der Entwurf eines Friedenspaktes nicht nur gewisse Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages enthalten, sondern der Vertrag soll in seiner Gesamtheit in ihm erwähnt werden. Der Entwurf des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Benesch könne einer der Signatarmächte, namentlich aber Deutschland, in einem gegebenen Zeitpunkte gestatten, zu erklären, daß, wenn nur gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages im Friedenspakte erwähnt wären, die anderen nicht erwähnten als aufgehoben aufgefaßt werden könnten. Es sei deshalb notwendig, alle Folgen ins Auge zu fassen und nicht nur einen Text festzusetzen, sondern Abänderungen zu beantragen, die Barthou statt Benesch übermitteln werde.

Die englische Presse erklärt, Lloyd George bestehe weiterhin darauf, daß eine Versammlung der Signatarmächte des Friedensvertrags von Versailles zur Beschlußfassung über die in der Reparationsfrage zu treffenden Maßregeln vor dem 31. Mai in oder bei Genua einberufen wird. Ebenso tritt die italienische Regierung für die Zusammenberufung der Signatarmächte vor dem 31. Mai ein. Der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth hat seine geplante Reise nach Berlin nach Rücksprache mit Lloyd George aufgegeben.

# Russische Wünsche und Garantien.

**Das Anleiheproblem.**

Die russische Delegation hat der Finanzkommission eine Denkschrift eingereicht, in der die Maßnahmen, die Rußland zur Hebung seiner Landwirtschaft, seiner Industrie, seines Transportwesens und seiner Finanzen getroffen hat, dargestellt werden. Es wird auch auf die Bürgschaften eingegangen, die die Sowjetregierung für die zu bewilligenden Kredite zu geben bereit ist. Darunter fällt das Gesamteinkommen und die besonderen Einkünfte des Budgets, zum Beispiel die Einkünfte aus den Zöllen, aus der Platinproduktion und aus dem Export, die beträchtliche Summen abwerfen könnten, da der Außenhandel ein Staatsmonopol sei. Eine andere Klasse von Garantien sei die der landwirtschaftlichen, industriellen und anderen Konzessionen, die die russische Regierung bereit sei, den fremden Kapitalisten zu gewähren. Diese Mitteilung ist von großer Bedeutung, denn sie kommt den Anregungen des Londoner Memorandums in weitem Umfange entgegen. Nun hängt viel davon ab, wieweit die russische Regierung ihren Gläubigern Einsicht in die Verwaltung dieser Einnahmequellen gewähren will.

**Wird Rußland dem Friedenspakt zustimmen?**

Der französische Kabinettsrat hat den Abschluß eines Paktes, der den gegenseitigen Nichtangriff der Staaten sicherstellt, angenommen unter der Bedingung, daß Rußland ihm zustimme. Alles Interesse an dem neuen diplomatischen Pakt begründe sich darauf, daß Rußland sich verpflichten werde, seine Nachbarn nicht anzugreifen. Außer der russischen Zustimmung macht Frankreich allerdings auch die bedenklichen Vorbehalte, daß der Pakt dem Recht auf Sanktionen, das die Alliierten aus dem Friedensvertrag von Versailles herleiten, nicht Abbruch tun dürfe, und daß die internationalen Verpflichtungen erfüllt werden, durch die die Habsburger und Hohenzollern vom Thron entfernt worden seien.

**Hermes geht nach Paris.**

Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird in der nächsten Woche in Paris erwartet. Er wird, unterstützt von dem Staatssekretär Fischer, mit der Reparationskommission über Gegenvorschläge verhandeln, die Deutschland auf die letzte französische Note gemacht hat. Diese Verhandlungen sind von der Aufgabe, die der Staatssekretär Bergmann in Paris zu erfüllen hat, zu trennen. Herr Bergmann kam aufs neue nach Paris, um die Besprechungen über das Anleiheprojekt, die bereits vor der Konferenz von Genua begonnen hatten und in Genua fortgesetzt wurden, weiterzuführen.

In der Unterredung der Fraktionsvertreter mit dem Finanzminister Dr. Hermes ergab sich, daß Dr. Hermes das Zustandekommen einer internationalen Anleihe wohl als sehr schwierig, aber keineswegs als aussichtslos betrachtet. Dr. Hermes betonte, daß in der Finanz- und der Finanzunterkommission in Genua bis zuletzt sehr objektiv und sachlich und mit gegenseitigem guten Willen gearbeitet worden sei. Die Verstimmung, die nach der Veröffentlichung des deutsch-russischen Vertrages eintrat, ist in dieser Kommission am schnellsten überwunden worden.

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

**Verordnung über den Luftfahrzeugbau.**

Die Reichsregierung hat eine Verordnung über den Bau von Luftfahrzeugen erlassen, nach welcher die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrzeugen vom 5. Mai 1922 ab unter bestimmten Bedingungen gestattet ist, besonders, soweit der Friedensvertrag dem nicht entgegensteht. Wer Luftfahrzeuge herstellt, hat innerhalb vierzehn Tagen nach Aufnahme des Betriebs dem Reichsverkehrsminister Anzeige zu machen. Jedermann ist verpflichtet, dem Reichsverkehrsminister auf Verlangen Auskünfte über das von ihm hergestellte oder eingeführte Luftfahrzeuggerät zu erteilen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark bestraft. Bei Einsitzern darf der Motor nicht mehr als 60 PS entwickeln. Flugzeuge dürfen nicht so eingerichtet sein, daß sie ohne Führer fliegen können, sie dürfen nicht gepanzert oder in ähnlicher Weise geschützt, noch mit einer Einrichtung zur Anbringung von Bewaffnung versehen sein. Höchstgrenzen für Flugzeuge sind 4000 Meter Gipfelhöhe bei voller Belastung und 170 Kilometer Stundengeschwindigkeit in 2000 Metern Höhe bei voller Belastung.

**Neue Tariferhöhungen!**

Wie ein Regierungsvertreter im Beamtenausschuß des Reichstages erklärte, werden die Mehraufwendungen für die Beamten-Teuerungszulagen rund 51 Milliarden betragen und es wird deshalb notwendig sein, sämtliche Tarife entsprechend zu erhöhen. Besonders bei der Post dürften abermals sehr erhebliche Heraufsetzungen der Gebühren vorgenommen werden. Die Post werde wahrscheinlich gezwungen sein, die Kosten für einen Fernbrief auf 8 Mark zu erhöhen.

**Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.**

In einer gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Unterausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Reichswirtschaftsrates wurde das Produktionsprogramm der Landwirtschaft einer eingehenden Kritik unterzogen. Eine Reihe von Sachverständigen war geladen, die zu dem von der Landwirtschaft geplanten Hilfswerk erläuternde Ausführungen machte. Aus den Vorträgen ging hervor, daß die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Kohle, die Düngemittel, das Bedürfnis an Arbeitskräften und Betriebskapital, eng mit der Gesamtwirtschaft zusammenhängt und einer Unterstützung durch diese bedarf.

## China.

× **Der Bürgerkrieg.** Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen in China haben zu schweren Gefechten geführt. Der Plan des Führers der Aufständischen, des Generals Wu Pei-fu, ging anfänglich dahin, durch eine Angriffsbewegung auf breiter Front zunächst Tientsin und Umgebung zu erobern. Dann wollte er sich Pekings bemächtigen. Der Angriff von Wu Pei-fu, um Peking durch einen Handstreich zu nehmen, ist jedoch mißglückt. Der 2. Mai verlief besonders blutig. U. a. fielen zwei Generäle. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten der beiden Armeen steht noch nicht fest. Vor Taku, an der Mündung des Gelben Flusses, sind mehrere japanische Kriegsschiffe eingetroffen.

## Aus In- und Ausland.

**München.** Die bayerische Regierung hat den Reichspräsidenten Ebert zum Besuche der „Deutschen Gewerbeschau" eingeladen. Der Reichspräsident hat die Einladung angenommen.

**Paris.** Das Blatt „Intransigeant" glaubt zu wissen, daß eine amerikanische Note die Rückzahlung der französischen Schuld innerhalb dreißig Jahren mit vier Prozent Zinsen ab 1922 verlange.

**Venezuela.** Vom Kongreß wurde General Juan Vicente Gomez zum Präsidenten der Republik Venezuela für die Zeit von 1922 bis 1929 wiedergewählt. Man betrachtet diese Wahl als Gewähr für die Befestigung der nationalen Einigkeit.

# Neues aus Wieringen.

**Politische Bekenntnisse des früheren Kronprinzen.**

Ein englischer Journalist hatte in Wieringen eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen, in der der Kronprinz vor allem seine zuversichtliche Hoffnung betonte, eines Tages nach Deutschland zurückzukehren, und er rechnet damit, daß sich diesem Plane keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Aber er will nichts erzwingen und auf keinen Fall versuchen, heimlich aus Holland zu fliehen. Einen Staatsstreich, wie den des verstorbenen Königs Karl, hat man von ihm nicht zu erwarten.

Auf die Frage, womit er sich beschäftige, antwortete der Kronprinz: „Mit Lesen, Schreiben und Nachdenken. Außer meinen Memoiren habe ich soeben ein anderes Buch vollendet, das die militärischen Ereignisse des Krieges behandelt und hoffentlich im Herbst erscheinen wird. Dann habe ich ein weiteres Buch begonnen, in dem ich versuche,

**die Frage der Kriegsschuld**

nach großen Gesichtspunkten zu behandeln, und dabei will ich dieses Thema erheblich gründlicher ausarbeiten als in meinen Erinnerungen. Die Zeit ist gekommen, den Beschimpfungen der feindlichen Presse ein Ende zu machen. Natürlich waren diese Beschimpfungen nur ein Mittel zur Propaganda, und im Interesse der Wahrheit und der Geschichte muß ich jetzt sprechen."

Auf die weitere Frage, ob Deutschland jemals wieder Monarchie werden würde, kam die Antwort: „Wenn die Monarchie in Deutschland je wieder hergestellt wird, dann muß sie auf einem breiten und sicheren Grunde ruhen. Das Fundament für eine solche Monarchie liegt in dem Willen der Volksmehrheit. Augenblicklich besteht eine Republik, und dieser Zustand wird sich so lange halten, bis etwas anderes an seiner Stelle verlangt werden wird. Sollte die Monarchie in Deutschland wieder hergestellt werden, so wird das nicht mit Gewalt geschehen. Von Putschen halte ich nichts."

# Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 6. Mai 1922.

**Merkblatt für den 7. und 8. Mai.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Sonnenaufgang | $4^{51}$ ($4^{19}$) | Mondaufgang | $2^{49}$ N. ($4^{49}$ N.) |
| Sonnenuntergang | $7^{18}$ ($7^{46}$) | Monduntergang | $2^{18}$ V. ($3^{01}$ V.) |

7. Mai. 1833 Komponist Johannes Brahms geb. — 1835 Dichter Albert Möser geb. — 1840 Komponist P. Tschaikowsky geb. — 1851 Kirchenhistoriker Adolf v. Harnack geb. — 1915 Die Deutschen besetzen Libau. — 1918 Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und Rumänien. — 1919 Überreichung der Friedensbedingungen an die deutsche Abordnung in Versailles.

8. Mai. 1828 Henri Dunant, Begründer des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention, geb. — 1873 Englischer Philosoph John Stuart Mill, gest. — 1902 Ausbruch des Vulkans Mont Pelé.

□ **Zerstörungstrieb.** Der Mai ist gekommen, und bald werden wir wieder von Waldbränden lesen, bald werden wir sehen, wie tausend und aber tausend abgerissener Blütenzweige in die Städte geschleppt werden, bald werden wir auf verwelkenden, weggeworfenen Blumen ausgleiten. Viele Menschen feiern das Fest des Werdens in der Natur durch sinnloses Massenmorden ihrer lieblichsten Kinder. Das ist unser Dank für alle Schönheit, die sich uns umsonst darbietet, das ist die Form, in der das vollkommenste Geschöpf sich selbst und seinen Schöpfer ehrt. Zerbrochene, sieche Bäume und Sträucher, zerstörte Nester, zertretene Wiesen und Felder, gequälte Tiere sind die sichtbaren Merkmale menschlicher Naturliebe. Das brüllt durch den Wald und vernichtet, was es erreichen kann, merkt nichts von der zitternden kleinen Welt, die um ihr Leben bangt und sich doch nur des Sonnengoldes und der Blumen freuen möchte, denn beide sind ihre Lebensquelle. Es fällt dem mancherlei Getier in Wald und Feld schwer genug, sich aller der Feinde zu erwehren, die ihm, gewissermaßen mit Recht nachstellen, weil es ihnen Nahrung ist. Aber nicht Marder und Hermelin morden so sinn- und zwecklos wie der Mensch. Wie? Man vernichtet nur schädliche Tiere und Pflanzen? Was ist in der Natur noch schädlich, außer dem Menschen? Vielleicht die Kröte, vielleicht die Ringelnatter, die Blindschleiche, der Maulwurf, der Regenwurm und andere der häufigsten Opfer? Die wirklichen Schädlinge sind nur dem ernsten Naturkundigen bemerkbar, und der wird sich hüten, Richter zu sein, ohne triftigen Grund, denn er weiß, daß es nichts Überflüssiges in der Natur gibt und auch nichts absolut Schädliches. Wieviel tausend Bienen, Hummeln und Wespen werden leichtfertig getötet, und wir würden keine Früchte ernten ohne sie! Wieviele Blüten werden mit Stöcken abgeschlagen und sind doch Träger neuen Lebens. Der Schwamm am Baum, der Wurm und der Käfer, das Gras und die Blüte, alle haben ihre volle Aufgabe im Haushalt der Natur, die nichts schafft ohne Zweck, jedenfalls nichts, das wir spielerisch vernichten dürften, wenn wir bei ihr zu Gaste sind. Ps—t.

□ **Zur Wetterlage.** Die Witterung der ersten Maiwoche war programmäßig unfreundlich. Das Aprilwetter blieb auch weiter noch Trumpf. Sonnenschein und Regen wechselten in dichter, meist nur zu unberechenbarer Reihenfolge ab; zum großen Teile, besonders an der Küste, waren die Niederschläge ziemlich ergiebig. Einen kleinen Fortschritt auf dem Wege zum Frühlingswetter hatten wir allerdings doch zu verzeichnen. Die Temperaturen, die in der vorangegangenen Woche noch allgemein ziemlich niedrig gewesen waren, stiegen im Laufe der ersten Maiwoche nicht unwesentlich. In den meisten Gegenden Deutschlands wurden die Normaltemperaturen dieser Zeit mindestens erreicht, großenteils sogar überschritten. Die allgemeine Wetterlage ist auch jetzt noch höchst unerfreulich. Eine wesentliche Änderung ist zunächst noch immer nicht zu erwarten. Zwischen vorübergehend aufklärendem Wetter ist weiterhin mit wiederholten, an der Küste ziemlich starken Niederschlägen zu rechnen.

SLUB
Wir führen Wissen.